

Wir schlagen vor, daß sich beide deutsche Staaten und Westberlin verpflichten,

Kernwaffen jeglicher Art weder zu produzieren, noch in irgendeiner Form zu erwerben und nicht nach der alleinigen oder der Mitverfügungsgewalt über Kernwaffen zu streben.

Dritte Staaten sollten sich verpflichten, beide deutsche Staaten und Westberlin als kernwaffenfrei zu respektieren und niemals Kernwaffen gegen sie einzusetzen.

Mit Interesse hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis genommen, daß sich offizielle Kreise der USA und Großbritanniens grundsätzlich mit der Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in Lateinamerika und Afrika einverstanden erklärt haben. Das ist erfreulich. Wir fragen aber die Herren in Washington und London, wenn sie keine grundlegenden Einwände gegen kernwaffenfreie Zonen haben, warum wenden sie sich dann ausgerechnet gegen eine solche Zone in Mitteleuropa, wo sich die beiden großen Militärgruppierungen unmittelbar berühren und eine kernwaffenfreie Zone mithin von besonderer Bedeutung für die Verminderung der Atomkriegsgefahr ist?

Nachdrücklich tritt die Deutsche Demokratische Republik für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages sowie für Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen ein.

Die Regierung bekundet erneut ihre Bereitschaft, einen effektiven Beitrag zur Verwirklichung der Verpflichtung des deutschen Volkes zu leisten, nie wieder zuzulassen, daß Deutschland seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Zugleich erinnern wir die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs an diese feierliche Verpflichtung, die sie im Potsdamer Abkommen eingegangen sind.

Wir sind bereit, an Verhandlungen zum Abschluß solcher Vereinbarungen teilzunehmen, die weitere Schritte auf dem Wege zur allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung darstellen würden.